

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **35 (1955-1956)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur innenpolitischen Lage

Das Scheitern des sozialistischen Vorstoßes im Bereich der *Preiskontrolle* bedeutet einen Erfolg der bürgerlichen Kräfte, vor allem aber auch einen Erfolg der föderalistischen Staatsstruktur, weil wir diesmal den Erfolg dem Ständemehr zu verdanken haben. Es scheint uns in diesem Zusammenhang auch einer günstigen Beurteilung zugänglich, daß der Gegenvorschlag der Bundesversammlung ebenfalls verworfen wurde. Dieser Gegenvorschlag war naturgemäß ausschließlich auf die Initiative zurückzuführen, und er hatte keinen andern Zweck als den, der Initiative eine Niederlage zu bereiten. Diese Aufgabe hat er erfüllt, und es wird ihm kaum jemand eine Träne nachweinen. Die Lage ist heute nämlich derart, daß vorerst weitere gesetzgeberische Maßnahmen des Bundes auf dem Gebiete der Preiskontrolle, und im besondern der Mietpreiskontrolle, überflüssig sind. Das geltende Recht bleibt bis zum 31. Dezember 1956 in Kraft. Inzwischen wird durch das Volkswirtschaftsdepartement eine Prüfung der Sachlage vorgenommen. Als sicher ist schon jetzt festzuhalten, daß die Vorschläge, zu denen der Bundesrat dannzumal gelangen wird, entsprechend dem Ergebnis der Abstimmung vom 13. März sich von dem Gehalt der Initiative mit ihren interventionistischen Postulaten sehr weit entfernen und auch die Elemente des Gegenvorschlages voraussichtlich nur zu geringen Teilen übernehmen werden. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist auf dem Wege, sich grundsätzlich zu bessern. Es ist festzuhalten, daß in weiten Bereichen des Landes die Verhältnisse nahezu stabilisiert sind, zum Teil auch in städtischen Verhältnissen, wie z. B. in Schaffhausen, wo der Wohnungsmarkt ausgeglichen ist. Sicher ist unter diesen Umständen, daß eine gesamtschweizerische Lösung keinesfalls die Verhältnisse in den Großstädten zum Maßstab nehmen kann, weil das Volk, das hat der 13. März gezeigt, eine solche Lösung nicht akzeptiert. Mit Recht ist in der Tagespresse vorgeschlagen worden, man solle die ab 1. Januar 1957 noch notwendigen Maßnahmen in die Kompetenz der Kantone stellen, weil die Verhältnisse für eine gesamtschweizerische Lösung bereits heute zu verschieden liegen. Eine solche Regelung entspräche auch dem föderalistischen Kennzeichen, das die Abstimmung vom 13. März getragen hat.

Bedauerlicherweise ist in der Entwicklung der Postulate der *Sparinitiative I* insofern ein Rückschlag eingetreten, als der Nationalrat beschlossen hat, den Gegenvorschlag zu dieser Initiative an den Bundesrat zurückzuweisen. Als Stein des Anstoßes war in dem Vorschlag offensichtlich die Forderung des Finanzreferendums zu erkennen, und insbesondere von bäuerlicher Seite kam hier eine Opposition zur Geltung, die in ihrer Schärfe einigermaßen überraschen mußte. Dieser Empfindung hat auch der freisinnige Chef des Finanzdepartements unverhohlen Ausdruck gegeben. Es versteht sich, daß die bäuerliche Opposition im Bereiche der Linken offenen Armen begegnete, und so kam wieder einmal eine

Art rot-grüner Allianz zustande, die ein Ergebnis von 82 zu 56 Stimmen herausbrachte. Es handelt sich freilich nur um einen vorübergehenden Rückschlag, und wir sind überzeugt, daß der Bundesrat alles einsetzen wird, um die Annahme des Gegenvorschlages sicherzustellen, da sonst die Initiative mit der Gesamtheit ihrer Forderungen dem Volke vorgelegt werden müßte.

Bericht aus Tokio

Analyse der Wahlergebnisse

Eine Analyse der Wahlergebnisse wird vielleicht zum Verständnis der etwas komplizierten politischen Entwicklung in Japan beitragen. Im Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, ist das erste Kabinett *Hatoyama*, seinem Charakter nach eine Übergangsregierung, noch am Ruder, weil die neue Regierung — sehr wahrscheinlich ein zweites Kabinett *Hatoyama* — erst gebildet werden kann, nachdem das Parlament am 18. März zusammengetreten ist.

In hiesigen politischen Kreisen überwiegt die Ansicht, daß mit einer innerpolitischen Stabilität Japans vorläufig kaum zu rechnen ist, da das erwartete neue Kabinett *Hatoyama* ein Minoritätsregierung sein wird. Die Demokratische Partei, an deren Spitze Premierminister *Hatoyama* steht, hat 185 von insgesamt 467 Parlamentssitzen inne und könnte daher mit Hilfe der Liberalen (112 Abgeordnete) eine starke konservative Regierung bilden; indessen liegt diese Lösung vorläufig nicht im Bereich der Möglichkeit. Die Liberalen, die im alten Parlament über 180 Abgeordnete verfügten, sind über die Art und Weise, wie *Hatoyama* sie im Dezember mit Hilfe der Sozialisten hinwegfegte, immer noch reichlich verschnupft, und der Premierminister seinerseits hat bislang keine Neigung an den Tag gelegt, um die Gunst der feindlichen konservativen Brüder zu werben. Vielleicht ist diese Haltung des alten Parteikämpfers *Hatoyama* vor allem taktisch bestimmt, d. h. die Liberalen sollen nicht allzu sehr von ihrer Unentbehrlichkeit überzeugt werden. Zwischen den beiden Parteien besteht eigentlich nur eine wichtige politische Divergenz, nämlich in der Rußlandpolitik. Die Liberalen, einst angeführt von ex-Premierminister *Yoshida*, warnen vor einer «abenteuerlichen Außenpolitik», durch die Japans Beziehungen zu den USA gefährdet werden könnten. Überdies ist der Gegensatz hauptsächlich persönlicher Art, indem Politiker beider Lager an die Macht kommen und Einfluß zu gewinnen wünschen. Das ist wohl auch einer der Gründe dafür, warum *Hatoyama* eine Koalitionsregierung scheut, denn dann müßten prominente Liberale ebenfalls hohe Posten erhalten. Anstatt mit den Liberalen zu feilschen, nimmt der Premierminister also vorläufig lieber die Gefahr eines Minderheitenkabinetts in Kauf, das sich, wie er das bereits angekündigt hat, einmal auf rechts und einmal auf links (wohl vor allem auf die Rechtssozialisten) stützen wird. Die Gefahr besteht darin, daß die Liberalen dadurch in die Lage versetzt werden, das *Hatoyama*-Kabinett mit Hilfe der Sozialisten zu stürzen, sozusagen als Revanche für ihren eigenen Sturz im vergangenen Dezember. Das ist der Hauptgrund für die Unstabilität der politischen Lage.

Abgesehen davon ist die ersehnte Zweidrittelmehrheit, die Voraussetzung für eine Verfassungsänderung, von den beiden konservativen Parteien nicht erzielt worden. Es fehlen nur wenige Stimmen: die Konservativen umfassen, wenn einige wenige Unabhängige hinzugerechnet werden, 302 bis 304 Abgeordnete, während für die Zweidrittelmehrheit 312 notwendig wären. Bei der Verfassungsrevision

handelt es sich vor allem (in Wirklichkeit sogar ausschließlich) um den Anti-Kriegsartikel, dessen Wortlaut — um sozusagen die moralischen Schwierigkeiten der japanischen Wiederaufrüstung zu begreifen — hier wiedergegeben sei:

«Aufrichtig nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung beruhenden internationalen Frieden strebend, verzichtet das japanische Volk auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Anwendung von Gewalt bei der Austragung internationaler Streitigkeiten.

Um dies zu gewährleisten, werden niemals Land-, See- und Luftstreitkräfte sowie anderes Kriegspotential unterhalten werden. Das Recht des Staates zur Kriegführung wird nicht anerkannt.»

Die umstrittene japanische Verfassungsrevision brauchte nach der Meinung führender japanischer Juristen nur in der Streichung des zweiten Absatzes dieses berühmten Artikels 9 zu bestehen. Doch das kann nun nicht geschehen, und Hatoyama wird vorläufig ebensowenig wie ex-Premierminister Yoshida «sauber» aufrüsten können.

Auch ein Sieg der Sozialisten

Das Wahlergebnis vom 27. Februar bedeutete nicht nur einen Sieg Hatoyamas und seiner Demokraten, die ihre Sitze mit einem Schlag von 120 auf 185 vermehrten, sondern auch einen solchen der Sozialisten, pointiert ausgedrückt, der Kommunisten. Nicht ohne Grund sind die Sender Moskau und Peking über den «sozialistischen Sieg» höchst befriedigt gewesen! Die japanischen Sozialisten bildeten nach dem Kriege zunächst eine einzige Partei, die jedoch von Anfang an in einen revolutionär-marxistischen linken und einen gemäßigten rechten Flügel zerfiel. Anlässlich des Abschlusses des Friedensvertrages von San Franzisko im Jahre 1951, für den die Rechtssozialisten eintraten, kam es zur endgültigen Spaltung, und alle Wiedervereinigungsversuche sind bisher fehlgeschlagen. Die scharf anti-amerikanischen und klassenkämpferischen Linksozialisten sind in mancher Beziehung von den Kommunisten kaum zu unterscheiden, wenn viele von ihnen auch wegen ihrer idealistischen Gesinnung und sanfteren Kampfmethoden bedeutend sympathischer erscheinen. So empfindet es jedenfalls ein großer Teil des japanischen Volkes: die Kommunisten (die nur zwei Abgeordnete durchbrachten) werden abgelehnt, weil sie sich in den Nachkriegsjahren zu pöbelhaft und brutal (was als unjapanisch empfunden wird) benommen haben, während die manierlicheren Linksozialisten (deren Chef zu Neujahr sogar dem Schreine der Sonnengöttin, der Ahnin des Kaiserhauses, seine Aufwartung machte) akzeptiert werden. Die Kommunistische Partei hat die Beliebtheit ihrer linksextremistischen Freunde sehr geschickt ausgenutzt, indem sie kurz vor dem Wahltag auf 39 ihrer 99 Wahlkandidaten verzichtete. Auf diese Weise haben mehrere Linksozialisten, die sonst durchgefallen wären, die notwendige Stimmenzahl erhalten. Die Linksozialisten vermochten ihre Abgeordnetenzahl von 74 auf 89 zu erhöhen, die Rechtssozialisten aber nur von 61 auf 67.

Die Wahlen haben also bewiesen, daß in Japan eine wenn auch nicht sensationelle, so doch ausgesprochene Linkstendenz im Wachsen begriffen ist. Diese Tendenz wird vermutlich anhalten, solange die wirtschaftliche Not und der amerikanische Einfluß (welcher der Linken ihr Hauptlockmittel, nämlich die anti-amerikanischen Schlagworte, liefert) weiterbestehen. Falls das zweite Hatoyama-Kabinett gestürzt wird und in diesem Jahre noch einmal Wahlen abgehalten werden sollten, so kann mit ziemlicher Sicherheit damit gerechnet werden, daß die Linksextremisten noch mehr gewinnen werden. Sie wären dann nämlich mit noch mehr Recht als bisher in der Lage, die Uneinigkeit und die persönlichen Intrigen im konservativen Lager, die sowieso schon zum Erfolg der Linken beigetragen haben, zu brandmarken. Es sei nicht vergessen, daß trotz Hatoyamas Erfolg die

beiden konservativen Parteien zusammen bei den letzten Wahlen 7 Stimmen verloren haben.

Es fragt sich nun, wie weit sich die Konservativen über die von der Linken drohende Gefahr im klaren sind. Die Reaktion hierauf kann nur in einer Unterstützung der bereits vorhandenen Rechtstendenzen bestehen, doch ist es zweifelhaft, ob es bereits so weit ist. Das japanische Volk, das immer noch in seiner überwiegenden Mehrheit konservativ wählt, würde sich mit einem Anziehen der Zügel im leicht autoritären Sinne vermutlich abfinden. Doch wird das vielleicht erst nach den nächsten Wahlen geschehen, d. h. also nachdem die Konservativen einen abermaligen und noch größeren Schreck erlebt haben. In Japan fehlt, wie in den meisten asiatischen Ländern, eine gesunde Mitte, die wirklich demokratisch und fortschrittlich eingestellt ist. Leicht biegen die politischen Strömungen hier nach ganz links oder ganz rechts ab. Wenn z. B. die Rechtssozialisten an Stelle der Linkssozialisten die stärkeren wären, so würde das innerpolitische Bild Japans ruhiger und «normaler» aussehen.

Premierminister Hatoyama wird sich außenpolitisch auf die Rechtssozialisten stützen können, falls ihm die Liberalen in der Rußlandpolitik Schwierigkeiten bereiten sollten. Innerpolitisch kann er das aber seltener, obwohl der linke Flügel der Demokraten den Rechtssozialisten nicht fern steht. So vermögen die Rechtssozialisten, obwohl sie — im krassesten Gegensatz zu den Linkssozialisten — in der Aufrüstungsfrage eine recht realistische Haltung einnehmen, aus grundsätzlichen Erwägungen nicht für eine Verfassungsänderung und die Abschaffung des Anti-Kriegsartikels einzutreten.

Kampf um den Außenministerposten

Wie das neue Hatoyama-Kabinett zusammengesetzt sein wird, ist noch nicht abzusehen. Momentan ist hinter den Kulissen ein Feilschen und Verhandeln im Gange, das an die schlimmsten Tokio-Intrigen der Vorkriegsjahre erinnert. Der Hauptkampf dreht sich um den Außenministerposten. Hierbei sind, was bei den übrigen Rivalitäten durchaus nicht immer der Fall ist, neben den persönlichen auch starke politische Differenzen im Spiele. Der jetzige Außenminister *Shigemitsu* galt schon Anfang Februar als «moralisch» so gut wie abgesetzt; indessen scheint er letzthin wieder einige Rückendeckung (auch von einem leichten amerikanischen Druck wird gemunkelt) erhalten zu haben. Wenn Shigemitsu sein Amt als Außenminister verlieren würde (er könnte dann immer noch Vize-Premierminister bleiben), so wäre das durchaus von politischem Interesse. Es würde einen gewissen Sieg der Unabhängigkeitspolitiker, an deren Spitze Premierminister Hatoyama steht, bedeuten, d. h. derjenigen Politiker, die eine Bereinigung der Beziehungen zum kommunistischen Block anstreben, selbst wenn das eine Verärgerung auf amerikanischer Seite mit sich bringen sollte.

Beim Zusammentritt des Abgeordnetenhauses werden die beiden sozialistischen Parteien — weil sie das im Wahlkampf versprochen haben — einen eigenen Kandidaten für den Premierministerposten aufstellen, nämlich Suzuki, den Präsidenten der linkssozialistischen Parteien, und die liberale Partei Ogata, der als Nachfolger Yoshidas Präsident dieser Partei ist. Doch wird damit gerechnet, daß Hatoyama mit Hilfe der Liberalen durchkommen wird, da Ogata ebensowenig Chancen besitzt wie Suzuki.

Wenn auch die innerpolitische Lage fürs erste wohl unstabil bleiben wird, so wird im allgemeinen doch mit der Fortführung der Rußlandpolitik Hatoyamas gerechnet. Allerdings wird es dabei vor allem auf die Nuancen ankommen. Doch darüber läßt sich vorläufig noch nichts Endgültiges aussagen, weil das diesbezügliche politische Ringen noch im Gange ist.

Lily Abegg

Bericht aus Washington

Mancher Demokrat, der sich letzten Herbst als Kandidat für den Kongreß aufstellen ließ, faßte eine Stimme zu seinen Gunsten als Stimme für Eisenhower auf. Ob viele Stimmberechtigte diese Auffassung teilten, ist schwer zu wissen. Dagegen steht fest, daß die Demokraten einen sicheren, wenn auch nicht überwältigenden Sieg errangen, so daß sie heute in beiden Kammern des Kongresses die Mehrheit haben. Der Präsident, der den Anspruch der Demokraten bestritt, sieht sich jedoch genötigt, im Interesse einer stabilen Regierung mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Der 84. Kongreß trat in einer Atmosphäre des guten Willens zusammen. Regierung und Demokraten taten laut ihre Absicht kund, zum Wohle des Landes harmonisch zusammenzuarbeiten, und während einiger Wochen schien es, als ob beide «Flitterwochen» feierten. Jetzt ist diese Zeit allerdings vorbei, und der Lärm politischer Kämpfe erschallt überall in Washington.

Spannungen zwischen den Parteien und innerhalb der Parteien

Während der kurzen Periode des Einvernehmens schien es, daß sich der Präsident auf die Ansprüche der Demokraten statt auf diejenigen seiner eigenen Partei stützen mußte. Zunächst gelang es der geschickten Führung der demokratischen Parteileitung, im Repräsentantenhaus das Handelsprogramm des Präsidenten vor einer Niederlage zu bewahren, wobei die Stimmen der Demokraten den Ausschlag gaben. (Eine überwiegende Mehrheit seiner eigenen Partei stimmte gegen dieses Programm.) Zweitens unterstützten die Demokraten, trotz schweren Bedenken, fast einstimmig die Forderung des Präsidenten, eine bindende Erklärung über die amerikanische Politik gegenüber Formosa abzugeben. Dadurch erhielt das Haupt der Exekutive den soliden Rückhalt des Kongresses, den er der Welt zu zeigen wünschte. Die Schwierigkeiten, die ihm seine eigene Partei bereitet, weisen dramatisch auf die Spaltung in der republikanischen Partei hin. Die rechtsstehenden Republikaner bekämpfen die liberale Einstellung ihres Führers auf dem Gebiet des Welt Handels. Es ist so, daß viele von ihnen gerne neue Zollschranken errichten möchten, statt jene abzubauen, die heute den Gütertausch behindern. Die gleichen Leute schauen mißtrauisch auf weitere Punkte im Programm des Präsidenten, handle es sich um Außen- oder Innenpolitik. Z. B. ist Eisenhower nicht ganz gleicher Meinung wie der Führer der Minderheit im Senat, Knowland, dessen Aufgabe es nach allgemeiner Auffassung ist, die Stimmen so zu lenken, daß die Vorschläge des Präsidenten Unterstützung finden. Da Eisenhower, trotz seiner Beliebtheit, auf politischem Gebiet diese auseinanderstrebenden republikanischen Elemente nicht unter einen Hut bringen kann, hängt sein Erfolg weitgehend von der Unterstützung durch die Demokraten ab.

Aber auch die Demokraten haben in ihrer Partei Schwierigkeiten, obwohl sie heute geeinigter sind als in vergangenen Jahren. Zu den regionalen und ideologischen Verschiedenheiten kommt hinzu, daß die Demokraten uneinig sind, welche politische Taktik gegenüber dem Präsidenten und der republikanischen Partei einzuschlagen sei. Die eine Gruppe, die ihre «Verantwortung» gegenüber der Nation betont, hat den Präsidenten dann unterstützt, wenn sie glaubte, seine Vorschläge gereichten zum Wohle des Landes. Diese Gruppe, die bis jetzt maßgebend gewesen ist, lehnt es ab, bloß zum Vorteil der Partei «Politik zu spielen». Sie glaubt, daß eine verständige Wählerschaft sie dafür belohnen werde. Sie läßt sich nicht zu persönlichen Angriffen gegen den Präsidenten verleiten, weil Eisenhowers Beliebtheit im Lande immer noch überwältigend ist.

Eine andere Gruppe von Demokraten dagegen, besonders die fortschrittlich gesinnten Parteimitglieder, möchten lieber kühner vorgehen, um politische Vorteile herauszuschlagen. Sie möchten die Regierung auf folgenden Gebieten kompromißlos bekämpfen: Arbeitspolitik, Elektrizitätswirtschaft, Erziehungswesen, Wohnproblem, ja selbst Außenpolitik, nämlich dort, wo sie der Auffassung sind, die Politik des Präsidenten sei falsch geleitet. Bis jetzt sind allerdings diese Leute in der Minderheit geblieben.

Das gute Einvernehmen besteht heute nicht mehr. Es ging plötzlich in die Brüche. Den Grund bildet jene im politischen Leben äußerst empfindsame Stelle — die Steuern. In seiner das Jahresbudget behandelnden Botschaft kündigte der Präsident keine Steuerreduktion an, versprach dagegen, daß er im Januar 1956 eine solche vorschlagen werde. Die Demokraten gingen auf diesen Vorschlag ein und brachten einen Gesetzesentwurf ein, auf Grund dessen die Herabsetzung der Steuern im nächsten Jahr verwirklicht werden sollte. Obwohl dieser Entwurf mit den vom Präsidenten verkündeten Absichten zusammenfiel, nannte er ihn «unverantwortlich», eine Bezeichnung, welche die Führung der Demokraten im Kongreß begreiflicherweise erzürnte. Die demokratische Gesetzesvorlage zur Herabsetzung der Steuern wurde im Repräsentantenhaus angenommen, im Senat aber knapp verworfen und scheint im heutigen Zeitpunkt endgültig abgeschrieben zu sein. Der Präsident scheint in dieser Angelegenheit seinen eigenen Willen durchsetzen zu wollen, was ihn hinsichtlich der demokratischen Unterstützung, die er so dringend nötig hat, teuer zu stehen kommt.

Natürlich konnte das gute Einvernehmen nicht ewig dauern. Das Nahen der Wahlen in die Landesbehörden setzt den zwischenparteilichen, guten Beziehungen immer ein jähes Ende. Obwohl nun die Abstimmung vom November 1956 noch in recht weiter Ferne zu sein scheint, ist es für die Politiker nicht mehr zu früh, sich für den Kampf zu rüsten.

Aussichten für das Jahr 1956

Im August 1956 werden die Parteien zusammentreten, um ihre Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen im November zu bestimmen. Eisenhower hat es bisher abgelehnt, sich über eine eventuelle Wiederwahl zu äußern, doch scheint es sicher, daß er eine Nomination für eine zweite Amtsperiode annehmen muß. Es kann sein, daß er es vorziehen würde, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Wenn aber nicht Umstände eintreten, die man nicht voraussehen kann, wird er sicher dem Ruf seiner Partei aus Pflichtbewußtsein Folge leisten und seine Einwilligung für eine erneute Nomination geben. Seine Wiederwahl scheint unter fast allen Umständen gesichert, so groß ist sein persönliches Prestige. Nur ein ernster Rückschlag auf wirtschaftlichem Gebiet könnte seine Wiederwahl in Frage stellen. (Ein Krieg würde dagegen seine Chancen wahrscheinlich nicht gefährden, denn jene würden Recht behalten, die der Ansicht sind, daß das Land in Kriegszeiten die höchsten Mitglieder der Exekutive nicht wechseln sollte. Die militärische Erfahrung des Präsidenten würde sicher ins Gewicht fallen, wenn die Feindseligkeiten bereits ausgebrochen wären.)

Deshalb ist die politische Lage außerordentlich verwickelt. Unter normalen Umständen hätten die Demokraten die besten Aussichten, im Jahre 1956 wieder ins weiße Haus einzuziehen, nachdem sie im letzten November die Mehrheit im Kongreß errungen haben. Dieser Vorteil wird weitgehend durch Eisenhowers außergewöhnliche persönliche Beliebtheit wettgemacht. Andererseits steht der republikanischen Partei zur Wiedererlangung der Mehrheit im Senat und möglicherweise sogar im Repräsentantenhaus ein Kampf bevor, in welchem die Ausgangslage eindeutig ungünstig ist für sie. Es könnte also Eisenhower für eine zweite

Amtsperiode gewählt werden, der Kongreß aber wiederum ganz oder teilweise von seinen politischen Gegnern beherrscht sein.

Sollte der Präsident nochmals kandidieren, so hätte er es mit einem Gegner zu tun, der wenig Anziehungskraft besitzt. Gegenwärtig käme in erster Linie

Adlai Stevenson

in Frage, der 1952 gegen Eisenhower unterlag. Es gibt allerdings noch andere Demokraten, die nominiert werden könnten. Wenn der Präsident eine Wiederwahl ins Auge faßt, dann werden die führenden Demokraten ihr Augenmerk auf das Jahr 1960 richten: das Vorgehen im Jahre 1956 wird dann weitgehend der Vorbereitung für den Wahlkampf im Jahre 1960 dienen.

Neben der Nomination eines Kandidaten für das Jahr 1956 haben die Demokraten noch ein wichtiges Problem im gleichen Jahr zu bewältigen: Sie müssen unbedingt eine Parole, oder besser mehrere Parolen finden, die sich zum Kampf gegen die Republikaner eignen. Natürlich bestehen schwerwiegende Gegensätze zwischen den beiden Parteien: auf den Gebieten der Steuerpolitik, der Landwirtschaft, der Arbeitspolitik und der Sozialgesetzgebung. Diese eignen sich aber nicht immer zur politischen Dramatisierung. Im Jahre 1952 schlug Eisenhower Kapital aus der Angst vor «Kommunisten in der Regierung». Im Zusammenhang mit dem damals noch nicht beendigten Krieg in Korea gelang es ihm, wichtige Stellungen im Wahlfeldzug zu besetzen. Bis heute ist es den Demokraten nicht gelungen, Argumente von ähnlichem Gewicht zu finden, mit denen sie die Republikaner in die Enge treiben könnten. Sie werden von heute an bis zum November 1956 bemüht sein, zugkräftige Parolen und Argumente zu finden, und je näher die Wahlen rücken, desto verzweifelter werden ihre Anstrengungen sein.

Gefährliche Auswirkungen auf internationaler Ebene

Diese verwickelte politische Lage in den USA könnte unter Umständen vielleicht gefährliche Auswirkungen auf die internationalen Angelegenheiten haben. Es gibt bereits tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten innerhalb und zwischen den beiden Hauptparteien in den Fragen der Außenpolitik. Trotzdem ist es gelungen, wie der Beschluß über Formosa klar zeigte, der Außenwelt eine bemerkenswert einheitliche Fassade zu präsentieren.

Natürlich liegt die Gefahr darin, daß die zunehmende innenpolitische Spannung, oder das verzweifelte Suchen gewisser Politiker nach einem Ausweg oder einer Lösung, die Stellung der USA als Führer der freien Welt untergraben kann. Man hat diese Gefahr erkannt, und man weiß auch, mit welchen Mitteln man sie auf ein Minimum reduzieren kann. Bis jetzt hat Eisenhower allerdings weniger Gebrauch davon gemacht als seine Vorgänger. Er läßt sich auf unwichtige Beratungen mit demokratischen Führern über Fragen der Außenpolitik ein, hat sich aber bis jetzt keine Mühe gegeben, Trumans Praxis der Besetzung wichtiger Stellungen auf dem Gebiet der internationalen Geschäfte durch qualifizierte Anhänger der Opposition fortzuführen oder zu erweitern. (Der gegenwärtige Staatssekretär Dulles leistete zur Regierungszeit Trumans Dienst im Staatsdepartement.)

Washingtons politischer Topf ist dem Siedepunkt nahe und wird über kurz oder lang überlaufen. Man kann nur hoffen, daß der Präsident die nötigen Schritte unternehmen wird, um die Wirkung des Überbrodelns auf die internationalen Beziehungen des Landes auf ein Minimum herabzusetzen.

Richard J. Davis

Militärische Umschau

Der Wiederaufbau der norwegischen Armee nach 1945

Wie sich der Wehrminister in einer Rede äußerte, war der norwegischen Armee «im Jahre 1945 das Rückgrat gebrochen». Unsere katastrophale Niederlage von 1940 war die Folge generationenlanger Versäumnisse in Wehrfragen. Als man diese im letzten Vorkriegsjahre wiedergutzumachen versuchte, was es zu spät.

Während des Krieges hatten wir in norwegischen Einheiten, die in Schweden und Großbritannien aufgestellt wurden, 10 000—15 000 Mann ausgebildet; die Jahrgänge 1940—1945 waren dagegen ohne Schulung geblieben. Die Deutschen hatten den größten Teil des norwegischen Vorkriegsmaterials zerstört. Aus unserem Exil in Großbritannien und Schweden brachten wir einiges Material mit, gemessen an den Bedürfnissen der Armee jedoch in ganz unbedeutendem Umfang. Dazu übernahmen wir große Mengen deutschen Materials, qualitativ allerdings sehr unterschiedlich und zum großen Teil veraltet. Die militärischen Anlagen befanden sich in äußerst schlechtem Zustand; im großen ganzen waren sie nur im Sommer verwendbar. Unsere Lage war also derart, daß wir den Wiederaufbau der Armee von Grund auf neu in Angriff nehmen mußten: ohne starke und traditionsreiche Grundlage aus der Vorkriegszeit, mit einer großen Zahl von Wehrpflichtigen ohne militärische Ausbildung, mit mangelhaftem, uneinheitlichem oder unbrauchbarem Material, schlechten und teilweise unverwendbaren Anlagen. Dazu kam ein schreiender Mangel an qualifizierten Kadern. Fünf Jahre lang hatten wir keine Offiziere ausgebildet; die Vorkriegskader hatten zu einem großen Teil die Kriegsjahre als Gefangene in Deutschland zugebracht und bedurften einer umfassenden Revision ihrer militärischen Kenntnisse. Es ist verständlich, daß unter diesen Umständen der Wiederaufbau der Armee, vor allem im Anfang, nur äußerst langsam vor sich gehen konnte.

Die Entwicklung von 1945 bis 1953

Die norwegische Armee ist seit alters ein stehendes Heer, dessen Rekrutierung auf dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht beruht. Nach dem Kriege herrschte Einigkeit darüber, daß wir die Wehrkraft des Landes ausnutzen mußten: Alle sollten ausgebildet werden. Doch was hatte mit den fünf Kriegsjahrgängen zu geschehen, alles in allem etwa 80 000 Mann? Es war einleuchtend, daß wir nicht in der Lage waren, die Gesamtheit dieser Wehrpflichtigen auszubilden. Die Lösung brachte die Aufstellung der *Heimwehr*, eine Neuschöpfung in der norwegischen Heeresordnung. In dieser Organisation, die weitgehend auf die im Kriege aufgestellten Partisanenstreitkräfte aufbaute, fand eine der wichtigsten 1940 gemachten Erfahrungen ihren natürlichen Ausdruck: daß nämlich unsere Verteidigung im Hinblick auf die Abwehr eines Handstreichs, eines überfallartigen Angriffs organisiert werden müsse.

Infolgedessen wurden die Jahrgänge 1940—1945 der Heimwehr zur Schulung überwiesen. Die Ausbildung sollte in der Freizeit der Soldaten vor sich gehen (an Sonntagen usw.) und verfolgte einzig das Ziel, ihnen die elementarsten soldatischen Fertigkeiten beizubringen.

Im Jahre 1945 handelte es sich darum, die schlimmsten Nachwirkungen der Besetzung zu beseitigen, die deutschen Kriegsgefangenen zu repatriieren und eine erste Übersicht und Kontrolle über das von den Deutschen hinterlassene Materialchaos zu gewinnen. Besonders in der Frage der Fahrzeuge — sie fanden sich zu

Tausenden vor und stammten aus allen Teilen Europas und von norwegischen Privatleuten — hatten die Militärbehörden gewaltige Probleme zu meistern, bevor Ordnung in den Wirrwarr kam.

1946 waren wir soweit, daß wir beginnen konnten, Pläne für die Zukunft der norwegischen Armee zu entwerfen. Dabei ist es von Vorteil, sich an den damaligen außenpolitischen Hintergrund zu erinnern. Der Kalte Krieg lag im Schoße der Zukunft verborgen, wenn auch Pessimisten schon die kommende Spannung zwischen Ost und West ahnten. Die verantwortlichen Politiker betrachteten die Weltlage sehr optimistisch: sie rechneten mit einer langen Friedensperiode, die es uns erlauben würde, unsere Verteidigung in aller Ruhe aufzubauen. Diese Annahme vertrug sich gut mit einem anderen wichtigen Gesichtspunkt: dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes und der Hebung des Lebensstandards nach den Verheerungen seitens der Deutschen. Große Gebiete im Norden und zahlreiche Ortschaften waren zerstört und mußten wiederaufgebaut werden; Industrie und Handelsflotte waren ausgedient und bedurften der Erneuerung; die Wohnungsnot war überall groß, und es fehlte an allem. Die Nation stand vor einer außerordentlichen Anstrengung, wenn sie sich aus ihrem Elend erheben wollte.

Wie oben erwähnt, war es auch vom militärischen Gesichtspunkt aus unmöglich, den Wiederaufbau der Armee zu forcieren. Wir besaßen ganz einfach die dazu nötigen materiellen Voraussetzungen nicht.

Während die Planung noch in ihren Anfängen steckte, forderte uns Großbritannien auf, an der Besetzung Deutschlands teilzunehmen. Dies stellte uns vor neue Probleme, brachte zugleich aber auch eine günstige Lösung für diese und jene alte Frage mit sich. Es bedeutete gesunde wirtschaftliche Verhältnisse, günstige Ausbildungsmöglichkeiten mit reichlichem Ausbildungsmaterial und erstklassigen Anlagen und eine unschätzbare Unterstützung durch britische Kriegserfahrung.

Es bedeutete aber auch, daß unsere Einheiten nach britischem Muster organisiert werden mußten, was sich mit der Friedensorganisation der Armee nicht sonderlich gut vertrug. Schließlich erklärten wir uns jedoch bereit, vom Frühjahr 1947 an eine Brigade nach Deutschland zu schicken. Sie wurde alle sechs Monate abgelöst. Auf diese Weise erhielten unsere Rekruten zunächst eine Grundschulung von 3 Monaten in Norwegen und leisteten darauf 6 Monate Dienst in der norwegischen Besatzungsbrigade in Deutschland. Anfänglich stand die Brigade im Harz; dann wurde sie jedoch nach Schleswig überführt, wo sie ihr Standquartier bis zum Ende der Beteiligung Norwegens an der Besetzung im Jahre 1953 behielt.

Vor dem Kriege war die Rekrutenausbildung dezentralisiert bei den Infanterieregimentern durchgeführt worden. Jetzt erwies es sich als notwendig, die Ausbildung zu zentralisieren, und zwar in der Infanterie auf 2—3 Übungsplätze, bei der Artillerie, den Verbindungs-, Genie-, Kavallerie- und Versorgungstruppen auf eigene Ausbildungszentren für jede Waffengattung. So entstand der Ansatz zu einer *zentralisierten Ausbildungsordnung* für die Grundschulung, die heute noch in Kraft ist und schon in unserer Heeresordnung ihren Niederschlag gefunden hat.

Die erwähnten Verhältnisse führten zu gewissen grundlegenden Änderungen in unserer Heeresordnung, die keinen Aufschub duldeten. Im übrigen waren wir genötigt, uns auf die alte Heeresordnung von 1930 zu stützen. Zugleich setzte die Regierung eine große *Wehrkommission* ein, die umfassende Erhebungen über die künftige Wehrordnung des Landes anstellen sollte. Man rechnete damit, daß die Stellungnahme der Wehrkommission im Jahre 1948 vorliegen würde und verlängerte daher die Gültigkeit der revidierten Heeresordnung von 1930 um drei Jahre (1946—1949).

1948 begann indessen der Kalte Krieg, der natürlich die Entwicklung der Armee höchst entscheidend beeinflusste. Die Behörden hielten es für angezeigt, eine Reihe von Verteidigungsmaßnahmen ins Werk zu setzen, die auch für die Pläne für die zukünftige Gestaltung der Armee von Bedeutung waren.

Auf politischem Felde war die Entwicklung von der Tatsache bestimmt, daß wir im Kriege endgültig die Richtlinie der Neutralität verlassen hatten, die bis dahin in der norwegischen Außenpolitik Tradition gewesen war. Unsere Behörden waren sich darüber klar, daß Norwegen keinerlei Möglichkeit besaß, sich längere Zeit allein gegen den Angriff einer Großmacht zu behaupten. Unsere Wehrpolitik durfte vor dieser nüchternen Wahrheit nicht zurückschrecken, sondern mußte im Gegenteil auf ihr *aufbauen*. Wir mußten uns so einrichten, daß unsere eigenen Wehranstrengungen integrierender Bestandteil eines größeren Ganzen wurden. Kurz — wir mußten uns feste und dauerhafte Allianzen verschaffen. Der erste Schritt war der Versuch, einen *nordischen* Verteidigungspakt mit Schweden und Dänemark zustandezubringen. Dies führte zu keinem Erfolg, da die schwedische Neutralitätspolitik mit dem Wunsche Norwegens nach festerem Anschluß an die westlichen Großmächte unvereinbar war. Der nächste Schritt, der mit logischer Konsequenz folgte, war der Anschluß Norwegens an die NATO, zweifellos das wichtigste und folgenreichste Ereignis in der norwegischen Wehrpolitik unserer Tage. In diesem Zeitpunkt hatte die Wehrkommission von 1946 ihre große Ermittlungsarbeit abgeschlossen; doch jetzt hatten sich die Voraussetzungen so grundlegend verändert, daß der größte Teil der Arbeit noch einmal gemacht werden mußte. Dies führte — im Verein mit der Unsicherheit, die natürlicherweise mit der ersten Aufbauperiode der NATO verbunden war — dazu, daß die neue norwegische Heeresordnung um ganze vier Jahre verzögert wurde — bis zum Jahre 1953, in dem das Storting endlich die neue Organisation annahm. Sie setzte die Aufgabe der Armee so fest, daß sie in erster Linie das Land gegen einen überfallartigen Angriff zu sichern und außerdem eine Invasionsabwehr aufzubauen habe, die in der Lage sei, solange auszuhalten, bis eine Hilfsaktion der NATO wirksam werden könne.

Bevor wir den Zeitabschnitt 1946—1953 verlassen, muß noch ein Umstand erwähnt werden: der Mangel an Offiziersanwärtern. Jahrelang war dies eines der ernstesten Probleme für die Armee und stellte ohne Zweifel eine verwundbare Stelle in unserer Bereitschaft dar. Wir können auf die Ursache dieses Problems nicht eingehen; doch läßt sich heute feststellen, daß diese Schwierigkeit erst dann zu lösen war, als man die Ausbildung von Offiziersanwärtern, die aus der Zahl der Rekruten ausgezogen wurden, obligatorisch erklärte. — Heute sind die Anmeldungen für unsere Militärschulen zufriedenstellend.

Die heutige Lage

1953 nahm das Storting die Vorlage über die zukünftige Organisation der Wehrmacht an.

Die wichtigste die Armee betreffende organisatorische Änderung bildete die Aufstellung eines *Artilleriekorps*, gebildet aus Feldartillerie, Küstenartillerie und Luftabwehrartillerie. Die beiden letztgenannten Zweige der Artillerie waren bisher der Marine, bzw. der Flugwaffe unterstellt. Im weiteren wurde beschlossen, sog. «kombinierte Regimenter» (den Brigaden entsprechend) nach dem Grundsatz aufzustellen, daß der gesamte Bestand an Mannschaften und Material, der zu einer Feldbrigade gehört, innerhalb eines begrenzten Bezirks, des Regimentsdistrikts, vorhanden sein solle, um eine schnellere und sicherere Mobilisierung zu ermöglichen. Allerdings sind noch große praktische Schwierigkeiten zu überwinden, bevor man diesen Grundsatz durchführen kann. Vorläufig muß man sich anscheinend mit sog. «Kaderstäben» begnügen, dem Schlüsselpersonal für die Stäbe der Brigaden, die im Krieg mobilisiert werden. Dieses Personal ist schon in Friedenszeiten am Ort, was als sehr bedeutungsvoll angesehen wird, um eine sichere Mobilisation zu erreichen.

Das gleiche gilt für 2 *Divisionsstäbe*, die in Friedenszeiten organisiert sind. Es ist vorgesehen, noch einen dritten Divisionsstab (Kader) aufzustellen.

Die Heimwehr, die bis 1953 dem Heer angeschlossen war, wurde als eigener Wehrmachtzweig ausgegliedert. Sie hat mit der Zeit einen sehr bedeutenden Umfang angenommen — über 100 000 Mann —, da sie *alle* Mannschaften umfaßt, die nicht irgendwie für die Mobilisationsbestände der übrigen Wehrmachtzweige benötigt werden.

Es ist vorgesehen, daß die Heimwehr im Krieg ein Element der *lokalen Verteidigung* bildet und somit dem Kommando eines der übrigen Wehrmachtzweige untersteht, im wesentlichen der Armee.

Das andere Element der lokalen Verteidigung besteht aus *Ortswehrabteilungen*, gebildet aus den älteren Jahrgängen der Armee. Diese Abteilungen besitzen jedoch die gleiche Ausbildung, Ausrüstung und Organisation wie die *Feldabteilungen* und können unter Umständen dem Feldheer zur Verstärkung dienen. Die Feldabteilungen sind die mobilen Elemente des Heeres und bestehen aus operativen Einheiten (Divisionen und kombinierte Regimenter), nebst Heerestruppen (Artillerie, Panzerabteilungen, Genieabteilungen usw.), dem Dienst hinter der Front und den höheren Stäben.

Begreiflicherweise übertrifft die lokale Verteidigung zahlenmäßig die Feldabteilungen um einiges, jedoch wird sich dieses Verhältnis im Kriegsfall dadurch ausgleichen, daß man Ortswehrabteilungen in das Feldheer überführt.

Die Einheiten, welche heute den Bestand des Feldheeres ausmachen, sind im großen ganzen nach amerikanischem Muster organisiert. Material und Ausrüstung bestehen hauptsächlich aus amerikanischen Lieferungen, die wir im Rahmen des Hilfsprogramms entgegengenommen haben. Die Feldarmee verfügt somit über ein erstklassiges modernes Material. Im ganzen haben wir Material für 3—4 Milliarden Kronen erhalten.

Als das Storting beschloß, die norwegische Beteiligung an der Besetzung Deutschlands 1953 zu beendigen, beruht dies auf der Basenpolitik Norwegens, die zum Ziel hatte, in Friedenszeiten keine alliierten Truppen auf norwegischem Territorium zu stationieren. Dies nötigte uns, unsere Bereitschaft aus eigener Kraft zu verstärken. Daher wurde beschlossen, *zwei stehende Brigaden* aufzustellen, eine in Nord-, die andere in Südnorwegen. Um die Rekrutierung für diese Brigaden zu sichern, wurde die erste Dienstleistung der Wehrpflichtigen auf 16 Monate ausgedehnt, so daß sie nach viermonatiger Grundschulung in den Ausbildungszentren als Ablösungsmannschaften zu den Brigaden versetzt werden und dort die restlichen 12 Monate Dienst leisten.

Die Aufstellung der stehenden Brigaden führte auch dazu, daß ein sehr umfassendes *Bauprogramm* in Angriff genommen werden mußte, um zeitgemäße Anlagen zu erstellen, die das ganze Jahr hindurch verwendbar sind. Dieses Bauprogramm ist nun schon mehrere Jahre in vollem Gange und steht vor dem Abschluß.

In Ergänzung zu der ersten Dienstleistung von 16 Monaten werden die Dienstpflichtigen in gewissen Zeitabständen zu *Wiederholungskursen* von 30—60 Tagen Dauer einberufen. Da die Armee viele Abteilungen gleichzeitig einberuft, war sie die letzten Jahre imstande, die größten Felddienstübungen durchzuführen, die je in unserem Lande stattgefunden hatten. Im Herbst 1952 fand die erste Übung «Höst» statt, später noch die Übungen «Vinter II» und «Blatind». An jeder dieser Übungen nahmen etwa 20 000—30 000 Mann teil.

Das jährliche Budget für die laufenden Ausgaben der gesamten Wehrmacht beläuft sich gegenwärtig auf ca. 1 Milliarde Kronen; doch besteht die Möglichkeit, daß es wegen finanzieller Schwierigkeiten etwas reduziert wird. Das wird einige Verspätungen im Bauprogramm und in der Erweiterung der personellen Organisation zur Folge haben.

Schlußfolgerungen

Die mobilisierbare Feldarmee ist klein, jedoch ausgerüstet mit modernem, erstklassigem Material und gut ausgebildet.

Die stehenden Brigaden, die Ausbildungsabteilungen und die rasch mobilisierbare lokale Verteidigung geben dem Lande einen gewissen Schutz gegen einen plötzlichen Überfall. Außerdem besitzen wir in der Ortswehr und der Heimwehr eine gute Ausnützung der Wehrkraft des Landes. Doch das wichtigste ist vielleicht, daß die Erfahrungen aus der fünfjährigen Besetzungszeit dem norwegischen Soldaten einen *moralischen* Halt geben, der von größtem Wert sein kann.

Arne Haugan

Fast alle richtige Politik stammt aus historischer Einsicht in die Lehren der Vergangenheit. Und diese Einsicht muß sich, wie jede andere Kunst des Lebens, jede neue Generation durch neue Arbeit aneignen. Bloß die Anlage dazu kann sich mehr oder weniger vererben und die größere Leichtigkeit in der Ausführung.

Carl Hilty